

Wir flexibilisieren uns zu Tode

Gegen das wachsende Wissenschaftsprekariat an den Universitäten gibt es ein einfaches Mittel: Verschlankt die Verwaltungen und gebt Wissenschaftlern feste Verträge!

Von Björn Brembs und Axel Brennicke

Kürzlich beschrieb Noam Chomsky die Ursachen für den Niedergang der ökonomisierten amerikanischen Universitäten. Werde eine Universität in ein Unternehmen umfunktioniert, so habe dies regelmäßig mehrere Folgen: Das Prekariat der zeitlich befristeten Universitätsangestellten wächst, die Verwaltung wuchert und die Verschuldung der Studenten steigt. Am Ende steht der Verlust der finanziellen Unabhängigkeit aller Beteiligten und der Abschied vom aufklärerischen Bildungsideal.

Chomsky erinnerte auch daran, dass eine klassische Strategie der Kostensenkung und Kontrolle die Verunsicherung der Angestellten sei. Er zitierte aus einer Rede von Alan Greenspan vor dem amerikanischen Kongress, in der dieser offen die Unsicherheit des Angestellten als Faktor der Produktivitätssteigerung empfahl. Es ist exakt das Geschäftsmodell, nach dem auch die staatseigene deutsche Universität handelt. Unter dem schönfärberischen Schlagwort Flexibilisierung schafft sie Unsicherheit bei den Wissenschaftlern, und zu deren Kontrolle fördert sie das Wachstum eines unabhängigen Verwaltungsapparats.

In der deutschen Hochschuldiskussion wird oft scheinheilig über den Atlantik geblickt und wahlweise das amerikanische Ideal hochgehalten oder vor „amerikanischen Verhältnissen“ gewarnt. Was wir brauchen, ist eine an Tatsachen orientierte Politik. Die deutsche Hochschulentwicklung der letzten Jahre schlägt sich in den Zahlen des Statistischen Bundesamtes nieder, besonders in der unterschiedlichen Entwicklung von Wissenschafts- und Verwaltungspersonal.

Das löbliche Ziel der Exzellenzinitiative und des Hochschulpaktes war, dass es den Universitäten endlich einmal besser gehen sollte – und nicht von Jahr zu Jahr schlechter wie in der Vergangenheit. Die Politik kündigte zusätzliche Mittel an,

führt, gerade so wie in Forschung und Lehre? Auch diese Erwartung wird enttäuscht. Beim Verwaltungspersonal wurde die Quote der unbefristet Beschäftigten sogar noch deutlich erhöht, von gut siebzig Prozent im Jahr 2015 auf sagenhafte 75 Prozent im Jahr 2012. Nur einer von vier Arbeitnehmern in der Verwaltung ist flexibel angestellt, in der Wissenschaft sind es fast zwei von dreien.

Von 2005 bis 2012 wurden für jede unbefristete Stelle in Forschung und Lehre durchschnittlich 3,7 unbefristete Verwaltungsstellen geschaffen. Entsprechend hat sich das Betreuungsverhältnis um sieben Studenten pro unbefristeter Wissenschaftlerstelle verschlechtert, aber lediglich um 2,7 Studenten pro Verwaltungsangestelltem. Da liegen Gewinner und Verlierer klar auf der Hand. Die deutlichsten Verlierer sind die Studenten, die weniger Betreuer haben als vorher. Dicht gefolgt von den Wissenschaftlern, die bei gesunkenen Aussichten auf einen festen Vertrag auch noch mehr Arbeiten korrigieren müssen. Eindeutige Gewinner sind die Verwaltungsangestellten.

Im Vergleich gibt dies sehr zu denken. In Deutschland kann offenbar eine international konkurrenzfähige Wissenschaft mit all ihrem Spezialwissen von lediglich 60 438 Menschen auf Dauer gesichert werden. Und für diese Wissenschaftler muss anscheinend mehr als die doppelte Zahl (nämlich 135 897) von Verwaltern auf Dauer angestellt werden.

Ein einfacher Weg der Reform

Deutschland hat diesen Weg in den letzten Jahren keineswegs im Alleingang beschritten. Die Parallelen zu großen Wissenschaftsnationen wie Großbritannien oder den Vereinigten Staaten sind offensichtlich. Am dramatischsten sind die Konsequenzen dieses Prozesses für die Studienabgänger auf der Suche nach Anstellung in der Wissenschaft. Die Spitze des Eisbergs sind Wissenschaftsskandale, in die oft Nachwuchswissenschaftler involviert sind. Sei dies die junge Stammzellforscherin Haruko Obokata, deren Mentor sich nach Auffliegen ihrer Manipulationen das Leben nahm, oder die Biologin Felisa Wolfe-Simon, die ihrem Bakterienstamm den Namen GFAJ1 gab: Give Felisa a job.

Parallel zur Ökonomisierung der Universitäten steigt die Zahl der Publikationen, die wegen Manipulation oder schweren Fehlern zurückgezogen werden, so rasant, dass bei fortgesetzter Entwicklung im Jahr 2045 für jeden publizierten Artikel einer zurückgezogen werden müsste. Im Jahr 2010 erschoss die Biologin Amy Bishop an der Universität Alabama in einem Amoklauf drei Kollegen, die ihr eine feste Stelle mit dem Argument verweigert

zum einen für exzellente Forschung, zum anderen, um dem Anstieg der Studentenzahlen gerecht zu werden. In der Tat stieg die Studentenzahl von 2005 bis 2012 um eine gute halbe Million auf 2,5 Millionen. Die blanken Zahlen des hauptberuflichen Personals in Forschung und Lehre mit Vollzeitbeschäftigung wirken zunächst erfreulich: Ihre Zahl stieg um mehr als 26 000 auf über 142 000. Prozentual sank aber die Zahl der Wissenschaftler pro Student. Ein Wachstum von 18 Prozent steht hier gegen eines von 25 Prozent.

Besonders brisant werden die Zahlen, wenn man die Mitarbeiter nach Beschäftigungsverhältnis aufschlüsselt und nach der Art ihres Arbeitsvertrags fragt. Hier stieg die Zahl befristeter Verträge von fünfzig Prozent auf fast 58 Prozent. Das wirkt überschaubar, aber der fatale Trend setzt sich beschleunigt fort. Von 2005 bis 2012 wurden durchschnittlich zehn befristete für jede unbefristete wissenschaftliche Stelle geschaffen. Bald sind zwei Drittel aller Vollzeitwissenschaftler an deutschen Universitäten in prekären Anstellungsverhältnissen. Und schließlich alle.

Vor solchen Zahlen verweisen Verwaltungen und Politiker gerne auf die Bedeutung der Flexibilität. Wissenschaftler sollten in ihrer Laufbahn an möglichst vielen Universitäten arbeiten, um stetig neue Erfahrungen in der dynamischen modernen Forschung zu sammeln. Langfristige Beschäftigung führe nur zur Ansammlung von „Totholz“, wie unspektakulär forschende Kollegen an amerikanischen Universitäten genannt werden, und behindere den Fortschritt einer Wissenschaft im Drei-jahresrhythmus. Kontinuität in Forschung und Lehre sind hier offenbar von untergeordnetem Interesse.

Sagenhafte Verwaltungsquoten

Lässt sich dieses Argument aber nicht genauso auf die Verwaltungsstrukturen anwenden? Benötigen die Universitäten nicht auch eine schlanke, effiziente Verwaltung, die dynamisch auf wechselnde Aufgaben reagiert? Fordern die wachsende Vielfalt der Fördermittel, die wuchernen Verwaltungsvorschriften und die schwankenden Studentenzahlen nicht eine flexible modernisierte Verwaltung mit wenigen Zeitangestellten?

Die Zahlen von 2012 sprechen eine ganz andere Sprache. Jeder vollzeitbeschäftigte Wissenschaftler einer deutschen Universität wird im Schnitt von 1,28 Personen verwaltet. Von diesen 182 255 Verwaltungsangestellten müssen lediglich 25 Prozent um ihre Fortbeschäftigung bangen, gegenüber mehr als fünfzig Prozent in Forschung und Lehre. In der Universitätspolitik wird offenbar mit zweierlei Maß gemessen. Aber haben Exzellenz-Initiative und Hochschulpakt nicht zumindest zu einer Verschlinkung und Flexibilisierung der Verwaltung ge-

hatten, sie publiziere nicht genug. Der unbarmherzige Konkurrenzkampf zwingt den Nachwuchs, Ergebnisse möglichst hoch in einer Zeitschriftenhierarchie zu platzieren, die jedweder Grundlage entbehrt, und gleichzeitig möglichst teure Experimente zu beantragen, um die Universitäten mit möglichst großen Drittmittelförderungen zu finanzieren. Diesen Herbst nahm sich der Mediziner Stefan Grimm vom Imperial College in Großbritannien das Leben, weil ihm bei Kündigungsandrohung gesagt wurde, er müsse in den nächsten zwölf Monaten unbedingt 200 000 Pfund Fördergelder einwerben.

Die Ökonomisierung des internationalen Universitätsbetriebes hat dazu geführt, dass nur Wissenschaftler eine Stelle bekommen, die teure Forschung gut verkaufen können. Ob diese Verkäufer auch verlässliche Wissenschaft machen, ist reine Glückssache. Und wenn man durch Glück eine unbefristete Stelle ergattert, hängt das Gehalt auch davon ab, wie teuer die betriebene Forschung ist. Drittmittelerfolge können nach der neuen W-Besoldung eine Gehaltserhöhung begründen.

Die Zeichen stehen auf Sturm. Einige Anzeichen stimmen jedoch verhalten optimistisch. So lassen sich die Strukturen weitgehend innerhalb der akademischen Institutionen reformieren, so dass selbst mit bescheiden erhöhten Mitteln der öffentlichen Hand viel bewegt werden könnte. Zum Beispiel kann nach einer Verschlinkung der Verwaltung das überschüssige Personalbudget der Verwaltung auf das wissenschaftliche Personal umgelegt werden, so dass nur die Gehaltsdifferenzen ausgeglichen werden müssten.

Das achselzuckende Argument der Funktionäre, dass für Wissenschaftler keine Planstellen vorhanden seien, ist faul, da in den Verwaltungen Planstellen im Überfluss geschaffen werden, die für die Wissenschaft umgewidmet werden könnten. Das würde die wissenschaftliche Leistungsbilanz der Universitäten dramatisch verbessern. Gerade weil die regelmäßigen Verschlinkungskuren der Privatindustrie an den öffentlichen Universitäten nicht möglich sind, müssen diese besonders allergisch auf unnütze Expansion der Administration auf Kosten ihres wissenschaftlichen Kerns reagieren.

Doch selbst wenn Mittelumwidmungen die schwierige Situation der Universitäten lindern würden, wird man um eine adäquate Grundfinanzierung von Forschung und Lehre nicht herumkommen, wenn man verlässliche Wissenschaft und eine gut ausgebildete, kritische und mündige Bevölkerung will. Oder haben die Politiker unseres Landes dieses Ziel schon aufgegeben?

Björn Brembs lehrt Neurobiologie an der Universität Regensburg, **Axel Brennicke** lehrt Botanik an der Universität Ulm.